N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Wasbek
am Mittwoch, dem 20.02.2013
im Gemeindezentrum, Hauptstraße 37, 24647 Wasbek**

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:41 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Michael Rohwer

Gemeindevertreter

Herr Günter Frenzel

Herr Michael Hollerbuhl

Herr Uwe Pauschardt

Herr Karl-Heinz Rohloff

Frau Claudia Schiffler

In Vertretung für Herrn Jochen Seligmann

Herr Hans-Heinrich Doose

Außerdem Anwesend

Herr Reiner Großer

Herr Markus Meyer

Herr Peter Mohr

Herr Bernd Nützel

Herr Manfred Saggau

Herr Gerd Schwarz

Von der Verwaltung

Herr Frank Knutzen

Entschuldigt:

Gemeindevertreter

Herr Hans Jochen Seligmann

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Änderung der Tagesordnung vom 20.02.2013
3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 14.11.2012
5. Information über die am 14.11.2012 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
6. Einwohnerfragestunde I
7. Mitteilungen
8. Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO i. V. mit § 4 der Haushaltssatzung im Verwaltungshaushalt 2012
Vorlage: 0123/2008/DS
9. Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Verwaltungshaushalt 2012
Vorlage: 0124/2008/DS
10. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Wasbek zum 01.06.2013
Anlagen: Entwurfsfassung der Hauptsatzung (Stand 05.02.2013), Vermerk sowie aktuelle Fassung der Hauptsatzung (2009)
11. Einwohnerfragestunde II
12. Verschiedenes (öffentlich)

1 .	Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
-----	--

Herr Rohwer eröffnet die Sitzung um 19:33 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sodann stellt Herr Rohwer die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Entschuldigt fehlt Herr Seligmann; er wird vertreten von Herrn Doose. Zuhörer/innen sind nicht anwesend.

2 .	Anträge zur Änderung der Tagesordnung vom 20.02.2013
-----	--

Es werden keine Anträge gestellt; die Tagesordnung in der vorliegenden Form wird insofern gebilligt.

3 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Der Ausschuss beschließt, die Tagesordnungspunkte 13 bis 18 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

Beschlussfassung: 7 Ja-Stimmen (einstimmig)

4 .	Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 14.11.2012
-----	---

Es werden keine Einwendungen vorgetragen; die Niederschrift wird insofern gebilligt.

5 .	Information über die am 14.11.2012 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

Der Ausschuss hatte in einer Vertragsangelegenheit per Beschluss der Gemeindevertretung empfohlen, die endgültige Beschlussfassung von Dezember 2012 auf März 2013 zu vertagen.

6 .	Einwohnerfragestunde I
-----	------------------------

Entfällt, da keine Einwohner anwesend sind. Auch seitens der anwesenden Gemeindevertreter erfolgen keine Wortmeldungen.

7 .	Mitteilungen
-----	--------------

Mitteilungen erfolgen nicht.

8 .	Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO i. V. mit § 4 der Haushaltssatzung im Verwaltungshaushalt 2012 <u>Vorlage: 0123/2008/DS</u>
-----	---

Herr Rohwer erläutert den Hintergrund der Ausgaben. Eine Nachfrage von Herrn Hollerbuhl, warum die Gemeindevertretung nicht frühzeitiger über über- und außerplanmäßige Ausgaben informiert wird, beantwortet die Verwaltung unter Hinweis auf die gesetzliche Regelung.

9 .	Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Verwaltungshaushalt 2012 <u>Vorlage: 0124/2008/DS</u>
-----	---

Herr Hollerbuhl zeigt sich verwundert, dass die überplanmäßige Ausgabe durch den Bürgermeister am 06.12.2012 veranlasst wurde/werden musste, obwohl am 05.12.2012 eine Sitzung der Gemeindevertretung stattgefunden hatte.

Herr Rohwer und die Verwaltung erläutern auf Nachfrage von Herrn Rohloff, warum auf Seite 1 der Drucksache als Deckung der Mehrausgabe eine „Mehreinnahme“ genannt ist, obwohl diese Deckung letztlich durch eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage erfolgt.

Herr Hollerbuhl regt an, dies trotz der detaillierten Darstellung in Folge der Drucksache bereits auf Seite 1 –ggf. in Klammern– aufzuführen.

Im Zusammenhang mit dieser überplanmäßigen Ausgabe bittet Herr Rohwer die Verwaltung um Prüfung, ob die gesamten Schulkostenbeiträge in einem Deckungsring zusammengefasst werden können.

10 .	Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Wasbek zum 01.06.2013 Anlagen: Entwurfsfassung der Hauptsatzung (Stand 05.02.2013), Vermerk sowie aktuelle Fassung der Hauptsatzung (2009)
------	---

Herr Rohwer zitiert zunächst den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.11.2012, führt in den aktuellen Sachstand ein und schlägt vor, sich in chronologischer Reihenfolge mit den Inhalten/Änderungsvorschlägen der einzelnen Paragraphen zu beschäftigen, die in den §§ 2, 6 und 7 genannten Beträge aber zunächst auszuklammern und insgesamt danach zu diskutieren.

Nach einer kurzen Diskussion über die Frage zur Genehmigung der Verwendung der Gemeindeflagge (§ 1 Abs. 4) und der praktischen Umsetzbarkeit zur Verhinderung von missbräuchlicher Nutzung beschäftigt sich der Ausschuss intensiver mit § 2 der Satzung.

Hier wird nach kurzer Diskussion die Ziffer 8 gestrichen, da sie der entsprechenden Bestimmung in der Haushaltssatzung widerspricht, dort nach Ansicht des Ausschusses besser aufgehoben und insofern unnötigerweise doppelt geregelt ist. Alle nachfolgenden Ziffern rücken insofern um eine Ziffer auf.

In Ziffer 7, die nach Auskunft der Verwaltung lediglich eine redaktionelle Änderung in Form einer Angleichung an die Formulierung des neu gestalteten § 76 GO erfahren hat, müsste aus grammatikalischen Gründen vor der genannten Summe das Wort „von“ eingefügt werden. Eine weitere Diskussion ergibt sich aus der Ziffer 12, alt (nun Ziffer 11) im Hinblick auf die Frage, welche Befugnisse im Rahmen der Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens tatsächlich dem Bürgermeister erteilt werden und welche als Entscheidung bei der Gemeindevertretung liegen.

Die Verwaltung wird anhand eines konkret genannten Beispiels aus der Vergangenheit um exemplarische Prüfung gebeten, unter welchen Voraussetzungen der Bürgermeister dem Antrag auf Errichtung einer Biogas-Anlage zustimmen kann und in welchem Fall dies Angelegenheit der Gemeindevertretung wäre.

In § 2 Abs. 3 wird auf Anregung von Herrn Hollerbuhl folgender Satz 2 angefügt: „Die Gemeindevertretung ist in der nächsten Sitzung schriftlich zu informieren“.

Im Rahmen der Beratung zu § 3 beantwortet die Verwaltung eine Nachfrage von Herrn Pauschardt zur Vertretungsregelung. Demnach ist es unschädlich, wenn in einem Vertretungsfall in einer Ausschuss-Sitzung die Anzahl der Bürgerlichen Mitglieder die der Gemeindevertreter/innen übersteigt. Durch die Wahlvorschläge der Fraktionen bei der Besetzung der Ausschüsse ist nur sicherzustellen, dass dies nicht der Regelfall wird.

In § 3 Abs. 4 soll die bisherige Formulierung beibehalten werden, die auch die nach § 46 Abs. 9 GO an einer Sitzung teilnehmenden Personen einschließt.

Nach kurzer Diskussion soll § 5 in der vorliegenden Entwurfsfassung übernommen werden. Hier hat sich ggü. der bisherigen Fassung das Quorum in Absatz 2 Satz 2 von bisher 2/3 auf 25% vermindert.

Die Änderungsvorschläge zur Form der Veröffentlichungen werden von Herrn Rohwer und der Verwaltung erläutert. Damit wird die Veröffentlichung in den Bekanntmachungskästen die einzige formelle Form, die auch weiterhin vorgesehene Veröffentlichung im Internet erfolgt nur noch informationshalber. Diese Änderung findet nach nur kurzem Meinungsaustausch die Zustimmung des Ausschusses.

Im Anschluss berät der Ausschuss über die in den §§ 2, 6 und 7 festgesetzten Wertgrenzen. Im Ergebnis wird der überwiegende Teil der Wertgrenzen halbiert oder in anderer Weise gesenkt.

Nachfragen zu Einzelheiten der Befugnisse werden von Herrn Rohwer, Herrn Nützel bzw. ergänzend durch die Verwaltung beantwortet.

Über eine Anregung von Herrn Pauschardt, die Bestimmungen, in denen nicht explizit auf monatliche oder jährliche Wertgrenzen hingewiesen werden, um den Begriff „im Einzelfall“ zu ergänzen, lässt Herr Rohwer auf Antrag von Herrn Pauschardt beschließen:

Beschlussfassung: 1 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

Damit wird diese Ergänzung nicht aufgenommen.

Hinweis des Protokollführers: die einzelnen Beträge und die beschlossenen Änderungen der Wertgrenzen wurden an dieser Stelle nicht einzeln aufgeführt. Stattdessen sind die gesamten Änderungen des § 2 der besseren Übersichtlichkeit wegen in einem den Beratungen entsprechendem aktuellen Stand des § 2 diesem Protokoll als Anlage beigefügt. Sie sind „fett/kursiv“ kenntlich gemacht, wobei die bisherigen Wertgrenzen in Klammern angeführt sind.

Eine aufgrund der Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses insgesamt überarbeitete Entwurfsfassung der Hauptsatzung wird mit der Einladung zur Sitzung der Gemeindevertretung am 20.03.2013 versandt.

Zusätzlich zu der dem Ausschuss durch die Verwaltung vorgelegten Entwurfsfassung regt Herr Rohwer an, zukünftig eine Bestimmung zur Festlegung abrechnungsfähiger Fraktionssitzungen an geeigneter Stelle –z.B. als neuen § 5– in die Hauptsatzung aufzunehmen.

Nach einer kurzen Diskussion über die rechtliche Möglichkeit einer derartigen Regelung sowie über die Frage, ob dies dann eher in der Entschädigungssatzung geregelt werden sollte/müsste, wird die Verwaltung wie folgt beauftragt:

1. Prüfung, ob eine derartige Regelung –evtl. auch als pauschale Abgeltung– rechtlich möglich ist?
2. Prüfung, ob diese Regelung in der Hauptsatzung und/oder in der Entschädigungssatzung möglich/sinnvoll(er) ist?
3. Erarbeitung eines Formulierungsvorschlags für eine entsprechende Regelung und Versendung dieses Vorschlags mit den Unterlagen für die Sitzung der Gemeindevertretung am 20.03.2013 (ohne diesen Vorschlag bereits in die zu aktualisierende Entwurfsfassung der Hauptsatzung einzuarbeiten).

Insofern lässt Herr Rohwer schließlich über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Hauptsatzung in der durch die Beratung im Ausschuss aktualisierten Entwurfsfassung zu beschließen. Über die Aufnahme der Regelung zur Festlegung abrechnungsfähiger Fraktionssitzungen in die Hauptsatzung wäre je nach Ergebnis der Prüfung durch die Verwaltung separat zu beschließen.

Beschlussfassung: 7 Ja-Stimmen (einstimmig)

11 .	Einwohnerfragestunde II
------	-------------------------

Entfällt wie bereits TOP 6, da keine Einwohner anwesend sind. Auch seitens der anwesenden Gemeindevertreter erfolgen keine Wortmeldungen.

12 .	Verschiedenes (öffentlich)
------	----------------------------

Herr Schwarz schlägt vor, in den aktuellen Haushalt weitere 3.500,- Euro für die Umrüstung von Straßenbeleuchtung mit LED einzustellen, da seiner Erinnerung nach vorgesehen war, innerhalb von 3 Jahren die Beleuchtung komplett umzurüsten.

Herr Rohwer entgegnet, dass für 2013 insgesamt 10.000,- Euro für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung in den Haushalt eingestellt sind und insofern nur ein entsprechender Auftrag erfolgen muss.

Bürgermeister Nützel wird Verbindung mit der Firma Pohl aufnehmen und das weitere Vorgehen abklären.

gez. Michael Rohwer

(Vorsitzender)

gez. Frank Knutzen

(Protokollführer)